

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheint an allen Werktagen.
Abonnement in der Stadt vierteljährlich M. 1.35 monatlich 45 Pf.
Bei allen württ. Postanstalten und Böden im Ort- u. Nachbarortsvorkehr vierteljährlich M. 1.35, ausserhalb desselben M. 1.35, dazu Postgeld 30 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Veröffentlichungsblatt der Kgl. Forstämter Wildbad, Meistern, Enzklosterle u. während der Saison mit amtlicher Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pfg.
Auswärtige 10 Pfg., die kleinspaltige Garmondzeile.
Reklamen 15 Pfg. die Postzeile.
Bei Wiederholungen entspr. Rabatt.
Abonnements nach Vereinbarung.
Telegramm-Adresse: Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 235.

Wittwoch, den 7. Oktober

1908.

Parteitag der deutschen Volkspartei.

Tübingen, 5. Okt.

II.

Witterichsreiter Landtagsabg. **Muser-Offenburg** (lebhafte Begrüßung), betonte einleitend, daß für Demokraten ein offener und rückhaltloser Meinungsaustausch eine Selbstverständlichkeit sei. Die Ehrlichkeit der politischen Arbeit Papers müsse anerkannt werden und ebenso die großen Leistungen, die wir ihm verdanken. Es bestehe aber über wichtige Punkte keine kleine Kraft. Papers Reichstagsrede sei eine vorzügliche Leistung, es sei aber mehr eine nationalliberale als eine demokratische Rede gewesen (Teilweises Sehr richtig!). Es sei jedenfalls besser, wenn die nationalliberalen Reden, künftig im Reichstag von Nationalliberalen gehalten werden. Papers habe sich ein Lob von Demokraten lieber als wie ein solches vom anderen Lager. Von den Nationalliberalen sei es außerordentlich geschickt gewesen, Papers damals als Redner vorzuführen und den blauen demokratischen Schild über eine Sache zu decken, die niemals eine demokratische Tat hätte werden dürfen. Bei der Wahlrechtsinterpellation habe Bülow sich schroff und fast beleidigend als preussischer Junker demaskiert. (Sehr richtig!) Damals konnte man nicht mehr daran zweifeln, was man von ihm zu erwarten hätte. Die Antwort an Bülow ist damals nicht so ausgefallen, wie man hätte erwarten können. (Sehr richtig!) Die Linke hätte nach Zusammentritt des Reichstags nicht sofort mitrücken dürfen in der Referenz, die dem Reichstagsler gemacht wurde. Die erforderliche Antwort auf die Wahlrechtsfrage sei im Reichstage ausgeblieben und es sei dies eine neue Tristesse gewesen. Damals schon wäre eine direkte Abfrage das Richtige gewesen. Und dann das Reichsvereinsgesetz. Er wolle sich auf den Sprachenparagrafen beschränken, der eine Maßnahme preussischer Polenpolitik darstelle. Mit derselben Begründung, mit der dem Sprachenparagrafen zugestimmt worden sei, hätte man der Enteignungsvorlage, dem Sozialistengesetz und anderen gesetzgeberischen Angelegenheiten zustimmen können. Auch der Antisemitismus wird künftig den Versuch machen in einem Arsenal seine Waffen zu suchen, von dem er sich bisher ferngehalten hat. Darüber bestehen in der Partei nun schwere sachliche Verschiedenheiten und prinzipielle Gegensätze aber trotzdem wollen wir beisammen bleiben und die offene Aussprache, die wir hier pflegen, soll dieses Beisammen-

bleiben nicht in Frage stellen. (Lebhafte Beifall!) Man habe gesehen, welche Opfer die Blockpolitik erfordere und es frage sich, ob der Block diese Opfer verdiene. Die Zustimmung zum Sprachenparagrafen bilde eine der bedenklichsten Erscheinungen in der Geschichte der Demokratie zumal dieser Paragraf sich nicht gegen deutsche Staatsbürger polnischer Nationalität. Die Rechtsgleichheit des deutschen Staatsbürgers zu verletzen müsse den Protest unseres Intellekts und unseres Gewissens hervorrufen. Die preussische Regierung habe den Sprachenparagrafen als ein Postscriptum unter die Enteignung gestellt und das habe dem deutschen Namen im Ausland einen unsäglichen Schaden zugefügt. Wir protestieren gegen eine Enteignung unserer Deutschen im Ausland und entrüsten uns darüber; da dürfen wir doch nicht die Entpolnisierung deutscher Staatsangehöriger polnischer Nationalität als eine patriotische Pflicht betrachten. Die Rechte und Pflichten deutscher Staatsbürger dürfen sich nicht richten nach der subjektiven Auffassung des Einzelnen zum Staat. Nun werde von der Fraktion gesagt, es sei leicht, mit Schlagworten um sich zu werfen. Hier handele es sich doch aber um einen Fundamentalgrundgesetz, mit dem die Demokratie steht und fällt. Der § 12 ist nicht bloß ein Schönheitsfehler, sondern ein Charakterfehler. Wir Demokraten müssen unentwegt an dem Grundgesetz der Rechtsgleichheit festhalten. Die Bevölkerung müsse Vertrauen in das demokratische Gebäude haben und haben können und dürfe nicht gezwungen werden, bei der Sozialdemokratie in die Ecke zu gehen. Wo es sich um gesetzgeberische Arbeiten, wie die Verfassungsrevisionen gehandelt habe, bei denen demokratische Grundzüge bisher überhaupt nicht durchgeführt waren, wäre es töricht, nicht auch Abschlagszahlungen anzunehmen. Dies lasse sich aber mit der Zustimmung zum Sprachenparagrafen nicht vergleichen. Der Grundgesetz der staatsbürgerlichen Rechtsgleichheit bestehe schon. Da habe man nur dafür zu sorgen, daß davon nichts herausgenommen werde aus dem Gesetz. Durch die Bestimmungen des Vereinsgesetzes sei nicht nur den Polen sondern auch der Arbeiterschaft ein Schlag versetzt worden. Man spreche von „praktischer Arbeit“. Es wäre aber doch eine eminent praktische Arbeit, die Fühlung mit der Arbeiterschaft zu erhalten und zu erweitern, anstatt sie zu zerstören. (Bravo!) Für das Zusammengehen mit anderen Parteien von Fall zu Fall brauche man den Block nicht. Dieser habe der Partei die volle Freiheit für die Betätigung ihrer politischen Grundzüge geraubt. Wenn die Demokratie nicht verblasen wolle, müsse sie es als ihre Lebensaufgabe betrach-

ten, die Konservativen zu bekämpfen. Aber nun verlange man eine Rücksichtnahme auf die Konservativen wegen des Blocks. Die Demokratie habe auch keinen Anlaß einem Bülow zu schenken, was sie einem Caprivi nicht gewährt habe. Der konservative Geist könne durch den Block aus der preussischen Verwaltung und der deutschen Gesetzgebung nicht ausgetrieben werden. Der konservative Hans Giesele ja schon jetzt wieder zu der schwelenden Zentrumsleier hinüber und der Tag werde nicht fern sein, wo zwischen beiden alles wieder gut sei. Dann werde Bülow die Dienstzeit des Blocks für beendet erklären. Dies werde geschehen, wenn der Reichstagsler aus dem Finanzumfuh herausgezogen sei mit Hilfe der Linken. Die zarte Rücksicht auf den Blockfriede dürfe nicht länger mehr ausschlaggebend sein. Man müsse nicht nur sagen, daß die Linke an der Reichsfinanzreform unschuldig ist, sondern müsse auch darauf hinweisen, wer daran schuldig ist. Mit der Phrase von der Ausschaltung des Zentrums werde ein Mißbrauch getrieben. Die Konservativen wollten das Zentrum, soweit es liberalkonform ist, gar nicht ausschalten, sie bekämpfen es nur soweit es demokratische Grundzüge vertritt. Wegen der Misere der Reichsfinanzen gehört nicht nur das Zentrum auf die Anklagebank, sondern auch unser konservativer Blockbruder. Bülow betrachte nicht nur die Ausschaltung des Zentrums, sondern auch die der Sozialdemokratie als seine Aufgabe. Da könne die Demokratie nicht mitrücken. Der Gedanke einer Kooperation müsse von der Demokratie, aber auch von der Sozialdemokratie im Auge behalten werden. Eine Sorge der Demokratie müsse es aber auch sein, auf ein freundschaftliches Verhältnis mit den Nationalliberalen hinzuwirken. Im übrigen sei eine Fraktionsgemeinschaft aber keine Fraktionseinheit zwischen den linksliberalen Parteien das Richtige. Man sehe heute noch nicht, wohin das Schiff der Demokratie steuere und könne dies auch nicht verlangen. Aber man müsse darauf sehen, daß keine Kontrebande in das demokratische Schiff eingeschmuggelt werde. Der sicherste Kompaß seien die demokratischen Grundzüge und diesen dürfe man nie aus der Hand geben. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Die Diskussion.

Die Reden der Referenten hatten annähernd 4 Stunden in Anspruch genommen. Es wurde deshalb für die folgende Erörterung eine Redezeit von 10 Minuten festgesetzt. Als erster Diskussionsredner kam 31g. Stuttgart zum Wort, der in leidenschaftlicher Weise für Bayer Stellung nahm und den Badenern und Bayern vorwarf, daß

Ein Gott wird gekreuzigt auf Golgatha.
Es brennen Millionen Scheiter,
Märtyrer hier und Helden da.
Doch es kribbelt und wibbelt weiter.
So brenne dein Ich in dich zurück
Und ergeb dich und sei bettet;
Was liegt an dir und deinem Glück?
Es kribbelt und wibbelt weiter.
Theodor Fontane.

Rosa Marina.
Roman von Maria Theresia Janda.
Dm. 1.00 von 2.00 bis 3.00.
(Schadend verboten.)

(Fortsetzung.)
„Ich will sie lieben, wie sie ist, und auf alles andere verzichten, ich gelobe es Dir feierlich.“
„Still, still! Bewirb dich nicht mehr, als Du halten kannst.“
Der Traum hielt an.
„Darf ich sie lieben?“
„Ich werde sie vorbereiten.“
Der Doktor trat ins Wohnzimmer. Rosa-Marie lag in einem bequemen Sessel, blaß, mit geschlossenen Augen, die sie auffhing, als sie Abdrichem kommen hörte; das Meer lag vor ihr, still und ruhig wie ein weites, kaum durchgepflügtes Feld.
„Rosa, wie geht es Dir heute?“
„Sehr gut, Onkel. Ich fühle mich weit besser.“
„Nun, das trifft sich schön. Fühlst Du Dich kräftig genug, um einen Besuch zu empfangen?“
Sie sah ihn fragend an. „Frank?“
Er nickte nur eben; sie lächelte bitter.
„Denkst Du denn noch an mich? Ich glaubte, er hätte mich nicht mehr nötig.“
Ein heimlicher Ausdruck lag in den Augen des Doktors. Er sah es, und wußte sich anstrengend, als wenn es sie nicht betraf, sich über etwas hinwegzusetzen, sagte sie hastig: „Was ist nur kommen, Onkel; ich erwarte ihn.“

„Empfange ihn freundlich, Rosa. Durch einen Zufall hat er meine Briefe nicht erhalten, und die Nachricht von Deiner Erkrankung, die ihm erst vor wenigen Stunden bekannt wurde, hat ihn sehr erschüttert.“
Abdrichem öffnete die Türe, und Frank trat ein; Rosa stand auf und wollte ihm entgegengehen, aber ehe sie einen Schritt tun konnte, stand er vor ihr und fing sie in seinen Armen auf.
„Nimmst Du mir verzeihen...?“ Seine Stimme wurde von Schluchzen erstickt.
„Ich Dir verzeihen?“
„Und gelbst Du jetzt mit mir zu meiner Mutter?“
„Gute Nacht?“
„Ja, wenn Du willst, und Onkel es erlaubt.“
„Ja, nimm mich mit, sofort!“
„Lieber heute als morgen.“ Er sah sie an. „Und Onkel sagte, Du hättest Deine Schönheit verloren; ich finde Dich schöner denn je!“
„Frank, ich bin jetzt verständiger. Es ist mir einerlei, ob Du mich wilst oder nicht, ich werde nicht mehr so hässlich sein; tue mit meinem Gesicht, was Dir dienlich scheint.“
„Und ich will es nicht mehr, Rosa. Du bist meine Frau, und als solche allein will ich Dich lieben und ehren!“
Der Doktor gab seine Zustimmung zur sofortigen Abreise; nur sollte sie sich nicht mit den Vorbereitungen ermiseln und in seinem Wagen zum Bahnhof fahren.
Jungfer Bol, die Rosa-Marie während ihrer Krankheit so sanft gewartet hatte, sah sie jetzt, da sie über das Verwandtschaftsverhältnis zu Abdrichem ganz aufgeklärt war, ungern scheiden. „Hätten Sie mir nur gleich gesagt, Fräulein Rosa sei mit Ihrem Neffen verheiratet! Man kann ja doch nicht alles gleich wissen“, fuhrte sie.
Während Frank mit der Jungfer alles im Wagen zurechtlegte, um es Rosa-Marie so bequem als möglich zu machen, nahm sie mit einem langen Blick Abschied von dem traulichen Wohnzimmer und dem Meer.
„Abdrichem kam herein und trat zu ihr heran. „Rosa“, sagte er, „wirst Du jetzt Dein Möglichstes tun, um glücklich zu werden?“

Sie schlug die Augen nieder und entgegnete sanft: „Ja Onkel, so viel ich kann.“
„Dann ist es gut. Du hast ein lebhaftes Temperament. Du hast keine Anlage, um unglücklich zu sein. Und Frank wird es Dir leicht machen. Auch ihm sind die Augen aufgegangen, und er hat seine Pflicht erkannt.“
„Aber Du, lieber Onkel, Du bleibst so einsam zurück!“
„Das habe ich ja so gewollt.“
„Dürfen wir Dich einmal besuchen kommen?“
Er lächelte trübselig. „Was habt Ihr davon? Ich bin ja immer aus und habe die Hände voll.“
Rosa-Marie seufzte und sah sich noch einmal in dem Räume um. „Ich habe alles hier so lieb gewonnen; ich glaube nicht, daß ich je so glücklich sein werde, wie ich es hier war, so lange ich träumen durfte.“
„Aber darauf bist Du erwacht und hast das Leben in seiner wirklichen Gestalt gesehen, nicht wahr, Rosa? Und Du weißt, daß allein treue Pflichterfüllung uns glücklich machen kann. Wer das vergißt, der muß dafür büßen, früh oder spät!“
„Ich bin noch so jung, Onkel...“
„Und es ist noch nichts an Deinem Leben verborgen; alles kann noch gut werden, alles. Es gibt nur eines, was nicht rückgängig gemacht werden kann: die Schuld, die trotz aller Reue das Leben verdittert! Du verdirbst es mir also, Du willst glücklich werden?“
Sie nickte stumm mit dem Kopfe, denn zu sprechen vermochte sie nicht.
Er stellte sich an das Fenster und blickte auf das Meer hinaus. Rosa gestellte sich zu ihm.
„Und wirst Du immer so fortleben, Onkel, bis...?“
„Bis meine Straße zu Ende und meine Buße angenommen ist.“
Die leise brandenden Bogen hatten eine feine smaragdgrüne Farbe angenommen. Gold und Purpur strömte über sie hin in reichen Blüten, sizzend und funkend wie das Licht aus einer schöneren Welt; am Gesichtskreis hüllte sich der Himmel in einen matten Glanz von schimmerndem Opal, voll Ruhe, Majestät und Frieden.
(Fortsetzung folgt.)



fe keine Reichstagsmandate zu verteidigen hätten. Mit Männern, die bloß schöne Reden halten können, hätte man die Partei in 37jähriger Tätigkeit nicht vorwärts gebracht. (Widerpruch und Beifall!) Die Blockpolitik ist notwendig und erfolgreich.

Reichstagsabg. Dr. W i e n e r: Die Behauptung Mufers, als ob Bayer beim Vereinsgesetz von der Rechten als Redner vorgeschickt worden sei, sei unrichtig und irreführend. Bayer habe damals als Vertreter der linksliberalen Fraktionsgemeinschaft und in diesem Sinne gesprochen. Er habe mit Bayer die Hoffnung, daß die Fraktionsgemeinschaft erhalten bleibe. Die freisinnige Volkspartei habe es abgelehnt, hier zu unterschreiben. Es könne mit Benützung darauf hingewiesen werden, daß durch die Blockpolitik in kurzer Zeit Erfolge erzielt worden seien, die man zuvor 10 Jahre hindurch vergeblich angestrebt habe.

Abg. L u i d e - M a n n e n: Bayer habe zweifellos ihn (Redner) gemeint, wenn er von Parteifreunden sprach, die in leidenschaftlicher und übertriebener Weise die Fraktion angriffen. (Bayer: Ja! Heiterkeit.) Es sei unmöglich gewesen damals zu schweigen, als es sich um die Zustimmung der demokratischen Abgeordneten zum Sprachenparagrafen gehandelt hätte. Noch in letzter Stunde habe man seitens der Parteigenossen draußen im Land die Verpflichtung gehabt, die Zustimmung zu verhindern. Man solle hier nicht auftreten und zwischen Männern der praktischen Arbeit und denen, die nur schöne Reden halten können, unterscheiden. (Lebhafter Beifall.) In Baden und Bayern sei in den Landtagen von den demokratischen Abgeordneten hervorragende praktische Arbeit geleistet worden. (Stürmischer Beifall.) Ein Mann wie Muser habe es nicht verdient, als ein Mann hingestellt zu werden, der nur schöne Reden halten könne. (Lebhafter Beifall.) Die Motive der Fraktion hinsichtlich des Reichsvereinsgesetzes begreife er, wenn er auch zu anderen Ergebnissen über diese Frage gelangt sei. Daß damals die Fraktionsgemeinschaft in Gefahr gewesen wäre, sei überaus betrübend, denn es zeige, welche Strömungen innerhalb dieser Gemeinschaft vorhanden seien. Man habe gehört, daß es damals sogar Mitglieder in dieser Gemeinschaft gegeben habe, die bereit gewesen wären, den Sprachenparagrafen in seiner ursprünglichen Fassung anzunehmen. (Lebhafter Ruf: Hör! Hör!) Als ein unter den gegebenen Verhältnissen notwendiges Kompromiß könne man die Zustimmung zum Sprachenparagrafen rechtsfertigen seitens derjenigen, die in der Fraktion dafür stimmten. Aber etwas dürfe es nicht geben in der Partei: daß man den Kompromiß auch sachlich zu verteidigen suche. Die Opfer der Blockpolitik dürften von der Demokratie nur dann übernommen werden, wenn freizeitliche Erfolge dabei erzielt werden können, in erster Linie hinsichtlich des preuß. Wahlrechts und auf dem Gebiet der preußischen Verwaltung. (Stürmischer Beifall.)

Abg. D a u m a n n: Wenn man über die Aufgaben von morgen und übermorgen einig sei, werde man auch über die Dinge von gestern und vorgestern nicht leidenschaftlich miteinander. Muser sehe die Dinge zum Teil zu einseitig an. Seine ideale Auffassung in allen Ehren, aber er habe die praktische Situation doch zu sehr aus der schwebenden Höhe herab betrachtet. Auch was Muser über den Bloß im allgemeinen gesagt habe, schiesse übers Ziel hinaus. Kein Abgeordneter habe sich abhalten lassen, auch im Bloß seine Meinung ebenso frei zu äußern wie je zuvor. Deshalb sei es nicht richtig, die Äußerungen so zuzupipen, daß das Vertrauen angezweifelt werde. Da müsse Disziplin gehalten werden. Die Vorstellung, daß die Partei hinter ihren Abgeordneten stehe, dürfe nicht erschüttert werden. Redner erklärt: Er und mit ihm 99 Prozent der Württemberger stehen hinter Bayer (Lebhafter, anhaltender Beifall.) Wir werden uns nicht zerschneiden lassen in Revisionisten und Radikale. Nehmen Sie beide Resolutionen einstimmig an. (Stürmischer Beifall.)

Abg. B e n e d e y: Er habe wie auch Muser und Luidemann auf die Person Bayers immer die nötige Rücksicht genommen. Angriffe, wie sie Herr Ag hier gegen die Badener erhoben habe, seien von diesen nie gegen ihre Gegner in der Partei gerichtet worden. Der größte politische Feind der Demokratie sei der preußisch-junkere und zwischen diesem und der Demokratie müsse es eine reinliche Scheidung geben. Alles Liberale bis hinüber zur Arbeiterschaft müsse zusammengeschlossen werden gegen den gemeinsamen Feind. Der badische Bloß habe glänzend eingeschlagen. Der Reichs Bloß sei gerichtet und auf den Ausschierbeirat gesezt. (Lebhafter Beifall.)

In der weiteren Erörterung erklärte Rächer Stuttgart, daß er sich der Auffassung Ags über die politische Tätigkeit der badener Parteifreunde nicht anschließen. G a - G ö p p i n g e n sprach gegen die Blockpolitik, auch W u l f e - H e i l b r o n n hob der Verhimmelung Ags gegenüber die Nachteile der Blockpolitik hervor, und verlangte, daß bei der Steuerreform keine Steuern verwilligt werden, die den mittleren und kleinen Mann noch schwerer belasten.

B e y - H e i l b r o n n begründete einen Antrag, der die Reichstagsabgeordneten aufforderte, gegen eine Weinsteuer in jeder Form Stellung zu nehmen und eine solche abzulehnen. Er wies darauf hin, daß eine Flaschensteuer nicht viel ertragen würde und daher sehr bald der Ruf nach einer allgemeinen Weinststeuer ertönen würde. Im Interesse unserer hart arbeitenden Weingärtner müsse gegen jede Form einer Weinststeuer Stellung genommen werden.

R a i n z e r - M a n n h e i m sprach gegen die Tabaksteuer und S i g e l - G a b l e n b e r g gegen die Gas- und Elektrizitätssteuer.

Nach weiteren Reden hielt Bayer von der Versammlung lebhaft begrüßt, das Schlusswort. Es verbiere den badischen Genossen niemand, daß sie heute so gesprochen haben, wie sie es für richtig fanden. Das politische Leben bringe es mit sich, daß man mit manchem Schlafameraden zusammenkomme. Redner geht dann auf die Darlegungen einiger Diskussionsredner näher ein. In Süddeutschland sei man deshalb weiter voran, weil man hier seit Jahrzehnten ein freies Vereins- und Versammlungsgesetz habe und durch das neue Vereinsgesetz sei dafür gesorgt, daß Licht und Luft auch in Norddeutschland eindringen könne. Gehen wir von hier wiederum gemeinsam

an die gemeinsame Arbeit. Von der Partei erbitten wir in der Fraktion die moralische Unterstützung und Mitarbeit. (Stürmischer Beifall.)

W i t t e r i c h t e r h a t t e M u s e r: Nichts sei ihm ferner gelegen, als eine Anweisung des Vertrauens gegenüber der Fraktion und Bayer. Möge Bayer noch lange der Steuermann an unserem demokratischen Schiffe sein. Der eine soll mehr die praktische Seite, der andere mehr die ideale hervorheben und die Zusammenarbeit soll dem Fortschritt der demokratischen Sache dienen! (Starker Beifall.)

Inzwischen war es nachmittags 4 Uhr geworden. Die Reihen hatten sich schon fast gelichtet, als die Resolutionen zur Abimmung kamen. S t e i n e r - G e b r o n n hatte beantragt, aus der Resolution die Betonung der stärkeren Veranziehung der Verbrauchsabgaben zu streichen, ferner einen Zusatzantrag, daß neue Steuern nur bewilligt werden dürfen, wenn die Regierung Konzessionen auf freizeitlichem Gebiet macht. Der Antrag wurde abgelehnt und die gestern mitgeteilten Resolutionen angenommen.

Die anderen Anträge wurden dem Ausschuss überwiesen. Angenommen wurde noch ein Antrag von W u l f e und B e y - H e i l b r o n n auf die Tagesordnung des nächsten Parteitag: „Die Lage der Handwerker“ zu setzen.

Nach 4 Uhr schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsch, daß die Beratungen der Partei zum Vorteil gereichen.

Darauf fand ein gemeinschaftliches Essen statt, bei dem eine große Anzahl Toaste ausgebracht wurden.

Landesversammlung der Sozialdemokratie Württembergs.

S. K. Stuttgart, 5. Oktober.

Die Sozialdemokraten Württembergs hielten gestern und heute hier ihre diesjährige Landesversammlung ab, die von 254 Delegierten aus 188 Orten besucht war. Die Zahl der Teilnehmer im ganzen betrug 347. Die Verhandlungen begannen Samstag nachmittag im Festsaal des Gewerkschaftshauses. Nach einer Begrüßungsrade des Genossen E b e r t wurde der Bericht des Landesvorstands, der Kassenbericht und der Pressebericht erstattet, die sämtlich in der Presse bereits veröffentlicht worden sind. Eine längere Debatte nahm nur der Pressebericht in Anspruch. An der Redaktion der Schwäbischen Tagwacht wurde von verschiedenen Seiten Kritik geübt. Sodann beschloß die Versammlung lebhaft mit der angeleglichen Absicht des Parteivorstands auf Dezentralisierung der Parteipresse. Eine Parteipresse am Ort bedeute einen agitatorischen Gewinn. Vom Landesvorstand wurde erklärt, er wende sich nicht gegen die Gründung neuer Parteiblätter, er habe nur angedeutet, daß streng geprüft werden möge, ob an den betreffenden Orten ein Bedürfnis vorliege. Im Laufe der Debatte wurde auch der Vorwurf erhoben, die Parteipresse habe es im Oberndorfer Wahlkampf an der nötigen Unterstützung fehlen lassen. Der Vorstand bestritt dies lebhaft und fügte noch hinzu, es sei noch bei keiner anderen Wahl so viel geleistet worden, wie gerade bei der Oberndorfer. Weiter wurde aus der Mitte der Versammlung heraus auf die Differenz der Tagwachtredakteure hingewiesen mit der Behauptung, es heiße vielschicks, weil sei der Gefangene seiner Kollegen, andererseits wieder, Westmeyer sei der Hausknecht Keils. Man wisse von der Redaktion der Tagwacht nicht, wer dort Koch und Kellner sei. Gegen diese Angriffe wandte sich Keil mit der Erwiderung, in der Tagwachtredaktion werde, wenn auch unter den einzelnen Redakteuren Meinungsverschiedenheiten beständen, kameradschaftlich gearbeitet. Gegen den Plan, eine neue Pressekommission einzusetzen, die sich mit den einlaufenden Beschwerden befaßt, verwahrte er sich mit lebhaften Ausführungen. Die zuständigen Instanzen seien bereits vorhanden und genügen vollkommen. Auch mit der Frage der Deutschen Turnvereine beschäftigte sich die Debatte. Verschiedene Delegierte legten entschiedenen Widerspruch dagegen ein, daß alle Arbeiter, die noch Mitglied dieser Turnvereine seien, als Heuchler behandelt werden. Mit solchem Verfahren werde nur ein Teil der Bevölkerung, der der Sozialdemokratie nichts zu leide tut, vor den Kopf gestoßen. Außerdem wurden noch Wünsche vorgebracht, wonach sich die Parteipresse mehr mit den Frauen beschäftigen solle und Schwindelinserate aus ihren Spalten lasse. Nach mehrfachen persönlichen Bemerkungen wurde dem Vorstand Debatte erteilt. Zu Ehren des am Nachmittag im Ludwigsbital verstorbenen Genossen Raether erhoben sich die Anwesenden von den Plätzen, worauf die Versammlung auf Sonntag vormittag vertagt wurde.

In nichtöffentlicher Versammlung in der Viederhalle befaßte sich am Sonntag morgen die Landesversammlung zunächst mit dem Plane der Errichtung einer eigenen Druckerei für die Tagwacht. Nach mehrstündiger lebhafter Debatte erteilte die Versammlung mit großer Majorität ihre Genehmigung dazu. Es wurde damit mitgeteilt, daß der neue Bau bereits im nächsten Herbst fertig sein werde. Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit erörterte Sekretär W a s n e r ein neues Statut des württembergischen Landesverbands, in dem eine Anzahl Änderungen enthalten sind, die das neue Reichsvereinsgesetz bedingt hat. Bis auf einen Punkt wurden alle Vorschläge nach mehr oder minder langen Debatten genehmigt. Bemerkenswert ist ein Antrag, der ebenfalls Annahme fand, wonach sich die Abgeordneten von Zeit zu Zeit an gewissen „parlamentarischen Abenden“ mit den Führern der Gewerkschaften zusammen finden, damit der nötige Kontakt zwischen beiden Faktoren zustande komme. Den wichtigsten Punkt der Statutenänderung, die Erhöhung der Beiträge, zu erörtern, schob man in Voraussicht lebhafter Kämpfe bis zur Nachmittags Sitzung auf. An einem im Festsaal der Viederhalle stattgefundenen gemeinschaftlichen Mittagessnahl nahmen 150 Delegierte teil.

Die Nachmittags Sitzung bot ein buntes bewegtes Bild. Der Landesvorstand schlug der Versamm-

lung vor, in Anbetracht der wenig erfreulichen Finanzlage der Partei den Mitgliedsbeitrag so zu regeln, daß wöchentlich 10 Pfg. zu entrichten sind. Dazu lagen verschiedene Anträge vor, ein sich ablehnend verhalten und einer, der den goldenen Mittelweg beschreibe. Letzterer war von dem Ortsverein Göppingen gestellt und verwirft die wöchentliche Entrichtung des Beitrags, schlägt vor, an der monatlichen Erhebung festzuhalten und bestimmt weiter: Der Monatsbeitrag beträgt mindestens 30 Pfg. monatlich. Die Ortsvereine sind aber berechtigt, diesen Beitragsfuß zu erhöhen. Sekretär W a s n e r hatte in seinem Referat über das neue Statut behauptet, gerade die Stuttgarter, die mit gutem Beispiel vorangehen sollten, hätten sich dazu hergegeben, einen Hemmschuh zu bilden und der Aufbesserung der Finanzen, die im Interesse der Partei und der Agitation dringend nötig sei, zu hindern. Wo der gute Wille sei, da finde sich auch ein Weg. Gegen den Vorwurf nun, daß es den Stuttgarter Genossen am guten Willen fehle, verwahrte sich ein Stuttgarter lebhaft. Es wurde geltend gemacht, wenn der Beitrag wieder erhöht werde, so bedeute das für die Partei einen Verlust von Mitgliedern. Die Leute jagten einfach, sie wären bei der heutigen schlechten Konjunktur dazu nicht in der Lage, sie wollten wohl sozialdemokratisch sein, aber nicht mehr zahlen. Gegen diese Argumente wies der Landesvorstand auf Ehlingen hin, wo der Wochenbeitrag eingeführt, die Mitgliederzahl aber nicht gesunken sei. Die Debatte wurde immer hitziger, bis ein wiederholter Schlußantrag ihr ein Ende machte. Unter stürmischer Bewegung wurde der Antrag des Parteivorstands abgelehnt und dafür der vermittelnde Göppinger Antrag angenommen. Den Ortsvereinen soll es überlassen sein, den Beitrag der weiblichen Mitglieder auf die Hälfte herabzusetzen.

Nunmehr wurden die Ergebnisse der Vorstandswahl bekannt gegeben. Dabei stellte es sich heraus, daß der Genosse Reichel als Vorsitzender 88 und als Beisitzer 85 Stimmen erhalten hatte. Diese Tatsache löste eine stürmische Bewegung los. Von verschiedenen Seiten wurde der Vorwurf von Wahlfälschung und Wahlbeeinflussung erhoben. Es habe an einer Präsenzliste einer Kontrollkommission und einer Mandatsprüfung gefehlt. Letzterer Vorwurf wird vom Vorstand bestritten. Dem Abgeordneten G e y m a n n wurde vorgeworfen, heimlich Wahlmachereien vorgenommen zu haben, was von diesem energisch zurückgewiesen wurde. Fast alle weiteren Reden gingen in dem im Saale herrschenden Lärm und Unruhe unter. Ein Antrag, beide Stimmzettel zusammenzulegen, wurde abgelehnt und dann der Parteivorstand wie folgt gewählt: S p e r k a als Vorsitzender, W a s n e r als Sekretär und als Beisitzer die Genossen K o b a l d, F i s c h e r - S t u t t g a r t, F e u e r s t e i n, F e t t e und K e m m l i n g e r. Persönlich warf H i l d e n b r a n d dem Genossen Oster noch vor, er habe am letzten Male, während die Delegierten beim Mittagessen waren, aus den Mappen die Stimmzettel herausgenommen, eine Mitteilung, die mit lauten P s u i r u s e n aufgenommen wurde. Der bisherige Landesauschuss wurde wieder gewählt. Als nächster Ort der Landesversammlung ist Stuttgart bestimmt. Ein von Unterlindheim gestellter Antrag auf Errichtung einer Parteischule fand Ablehnung, ebenso ein solcher, in der Tagwacht Anzeigen fremder Zeitungen wegzulassen. Ein Antrag, die Landesversammlung möge sich mit den Beschlüssen des Nürnberger Parteitag einverstanden erklären, drohte eine große Budgetdebatte hervorzurufen. Sofort sprang Keil vor und beantragte, über diesen Antrag zur Tagesordnung überzugehen. Man wisse wohl, was der Antrag bezwecke und es sei im Interesse der Parteizügelung vorzuziehen, eine Wiederauflösung der Parteitagverhandlungen zu vermeiden. Es sei selbstverständlich, daß die Parteitagbeschlüsse auch für Württemberg gelten. Auch Westmeyer schloß sich dem an und nach langem Widerstreiten im Saale zog der Antragsteller seinen Antrag zurück. Damit war das Geschäftete vermieden.

Auf der Tagesordnung standen u. a. noch die üblichen Referate über die Lage im Reich und im Land. Im Hinblick auf die vorgeschrittene Zeit — es war inzwischen halb 6 Uhr geworden — wurden die Referate von der Tagesordnung abgesetzt. Der Vorsitzende machte noch bekannt, daß in Württemberg gegenwärtig 243 sozialdemokratische Vereine mit insgesamt 19 404 Mitgliedern bestehen, unter welsch letzteren sich 292 Frauen befinden. Er bezeichnete die Tagung, deren Hauptpunkte er kennzeichnete, als die anstrengendste, die man bisher gehabt habe. Nach einem Hoch auf die deutsche und die internationale Sozialdemokratie und nach dem Abgehen der Arbeitermarzillasse wurde die Landesversammlung für beendet erklärt.

Rundschau.

Balkan.

Unabhängigkeitserklärung Bulgariens. Annektion Bosniens und der Herzogewina durch Oesterreich.

Wie gestern nachmittag eine Depesche aus T i r n o v o meldete, ist dort, in der alten bulgarischen Provinzstadt, Montag Vormittag die Proklamierung der Unabhängigkeit Bulgariens erfolgt. Von solchen Absichten war bereits seit Wochen die Rede, nachdem durch die Nichteinladung des diplomatischen Agenten Bulgariens in Konstantinopel zu dem Staatsbündnis ein Konflikt zwischen beiden Staaten hervorgerufen worden war. In England ist man noch heute der Ueberzeugung, daß das Vorgehen Bulgariens eine Folge von Verhandlungen ist, die zwischen Wien und Sofia stattgefunden haben. Sicher scheint allerdings zu sein, daß die g e n e r a l e Befehung der in Ostrumelien liegenden Strecken der Orientalischen Bahnen auch erfolgt wäre, wenn der Zwischenfall Geshow nicht stattgefunden hätte. Die bulgarische Diplomatie ist in der ganzen Angelegenheit in sehr plumper Weise vorgegangen und es ist kaum anzunehmen, daß sie dabei den Ratsschlagen schlaue und

